DIE LINKE. Bayern

20. April 2012 | Aus dem Bundestag

Skandalöse Fehleinschätzung bei Studienanfängerzahlen

"Es ist ein Skandal, dass die neu prognostizierten Studienanfängerzahlen für die Jahre 2011 bis 2015 um ganze 357.000 Menschen nach oben korrigiert werden müssen. Wer so rechnet wie Frau Schavan, gehört eigentlich zurück auf die Schulbank", so Nicole Gohlke mit Blick auf die im Rahmen der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) vorgelegte neue Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen. "Viel zu lange haben die politischen Entscheidungsgremien die Realität an den Hochschulen ausgeblendet. Wenn man in derart drastischem Ausmaß die eigenen Zahlen berichtigen muss, kann man entweder nicht rechnen oder hat bewusst und systematisch die Hochschulen unterfinanziert. Beide Punkte disqualifizieren Annette Schavan als Bildungsministerin." Die hochschulpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Seit langem haben die GEW und DIE LINKE auf den erwarteten Anstieg hingewiesen, welcher auf die doppelten Abiturjahrgänge, die Aussetzung der Wehrpflicht und geburtenstarke Jahrgänge zurückzuführen ist. Dennoch hat die Bundesregierung nur einen halbherzigen Hochschulpakt verabschiedet und im Haushalt 2012 keine notwendigen Mittel für die bedarfsgerechte Finanzierung der Hochschulen eingestellt. Da auch zu befürchten ist, dass selbst die neuen Studienanfängerzahlen nur die Planspiele der Bundesregierung wiedergeben und in ein paar Monaten erneut nach oben korrigiert werden müssen, fordert DIE LINKE die Schaffung von mindestens 500.000 zusätzlichen Studienplätzen bis zum Jahre 2015. Zudem brauchen wir endlich die Ausfinanzierung aller bestehenden Studienplätze und das Recht auf freie Wahl des Studiums und des Abschlusses."

Nicole Gohlke, Mitglied des Bundestages

In Verbindung stehende News:

- BAföG-Statistik ein schlechter Witz - 20-07-12 15:00
- Das Sommersemester beginnt, das Studienplatzdrama nimmt kein Ende - 11-04-12 14:30
- Studienplätze reichen nicht - 16-03-12 12:00

Quelle:
http://www.die-linke-bayern.de/politik/presse/detail/artikel/skandaloese-fehleinschaetzung-bei-studienanfaengerzahle